

„Gegen Spardiktate und Nationalismus“ _ Dritte Solidaritätsreise nach Griechenland Herbst 2014

Reisetagebuch Teil III

Dienstagabend, 30.9.2014

Besuch bei Basisgewerkschaften

Arbeitnehmer ohne Rechte und Arbeitgeber ohne Pflichten

Vor der Umsetzung des Memorandums waren griechische Arbeitnehmer durch eine umfassende Arbeitsgesetzgebung geschützt. Heute ist der griechische Arbeitsmarkt der deregulierteste in Europa. Während die Arbeitnehmer ohne Rechte sind, sind die Arbeitgeber ohne Pflichten. Die Einschränkungen im Arbeitsrecht zeigen deutlich, dass es in Griechenland nicht um den Abbau von Staatsschulden geht. Vielmehr soll eine Wirtschaftszone zur Maximierung der Ausbeutungsrate geschaffen werden.

Das, was die Kollegen der Basisgewerkschaften aus den Bereichen Buch und Papier, Architektur, Gastronomie und Callcenter erzählten, war für uns mitteleuropäische Gewerkschafter schwer vorstellbar: In ganz Athen gibt es nur noch einen einzigen Buchladen, der seinen Angestellten die alten Gehälter zahlt. Für die Kollegen aller anderen Buchläden ist der Monatslohn von 940 Euro auf 580 Euro gesunken. Viele arbeiten sogar monatelang unbezahlt. Per Gesetz wurden Tarifverträge abgeschafft, der Achtstundentag gestrichen und der Mindestlohn gekürzt. Auch der Kündigungsschutz existiert in Griechenland nicht mehr. In Callcentern erhalten die Angestellten nur noch Monatsverträge. Nur wer die von der Geschäftsleitung aufgestellten Zielvereinbarungen erreicht, erhält eine Vertragsverlängerung für den nächsten Monat.

Dieser Schulterschluss von Politik und Kapital war uns aus der Berichterstattung der letzten Jahre bekannt. Neu dagegen war das aggressive Vorgehen der Arbeitgeber gegen die organisierte Arbeiterbewegung: Wenn Gewerkschaften zu Protest und Aktionen aufrufen, ziehen Arbeitgeber immer häufiger vor Gericht und klagen auf Erpressung. Wenn Kollegen im Betrieb den Dialog mit den Arbeitgebern suchen, rufen diese die Polizei und es kommt nicht selten zu Verhaftungen. Die kriminalisierende Strategie der Arbeitgeber schafft ein Klima von Einschüchterung und Angst.

Der Umbau des griechischen Arbeitsmarktes zu einer vollständig deregulierten Wirtschaftszone scheint in drei Phasen abzulaufen.

Erstens: Bessere Möglichkeiten für eine Umverteilung von unten nach oben. Das ist über die Einführung von Dumpinglöhnen und den einseitigen Anstieg von Sozialversicherungsbeiträgen für Arbeitnehmer sichergestellt worden.

Zweitens: Abschaffung des Arbeitsrechtes. Nicht nur das Aussetzen von Tarifverträgen hat zu einer großen Rechtlosigkeit geführt. Die aktuelle Forderung der Troika, das Streikrecht ganz abzuschaffen und ein Demonstrationsverbot für Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes zu scharfstrafen, schränken die Möglichkeiten zur Gegenwehr nachhaltig ein.

Drittens: Brechung jeglichen Widerstandes in der Arbeiterbewegung. Dieser Prozess ist im Moment in vollem Gange. Gewerkschaften werden verhaftet, verklagt, kriminalisiert, öffentlich verleumdet und als Extremisten beschimpft.

Die Kolleginnen und Kollegen aus den Basisgewerkschaften, mit denen wir im Gespräch waren, haben von beeindruckenden und vorbildlichen Kämpfen unter den widrigsten Bedingungen berichtet. Dennoch drängt sich die Frage nach der Wirkungsmächtigkeit von Arbeitsk Kampfmaßnahmen in einem Land auf, in dem die meisten Arbeitnehmer inzwischen arbeitslos sind. Wenn zudem die Regierung willfährig die Vorgaben der Troika umsetzt und sich damit auf die Seite des Kapitals stellt, scheinen der ökonomische wie der politische Hebel zur Gegenwehr klein.

Als deutsche Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter dürfen wir nicht dabei stehen bleiben, den griechischen Kollegen Respekt und Anerkennung zu zollen. 36 erfolglose Generalstreiks zeigen, der Kampf der griechischen Kollegen kann nicht in Griechenland gewonnen werden. Er braucht die Unterstützung aus anderen europäischen Ländern. Der beherzte Kampf für einen Mindestlohn ohne Ausnahmen, hohe Tarifabschlüsse und die unbefristete Übernahme von Azubis in Deutschland können das Klima in Europa verändern. Sie können andere Wege aufzeigen, Kräfteverhältnisse ändern und deutlich machen, dass mit der europäischen Arbeiterklasse noch zu rechnen ist. Vor allem aber spüren die Menschen, erst wenn sie sich bewegen, dass sie nicht ohnmächtig sind.
(Ulrike E.)

Konkrete Ergänzung:

Gewerkschaftlicher Widerstand in Griechenland

Freitagabend kurz nach unserer Ankunft auf dem Nachhauseweg von einem Straßenfest der Putzfrauen beim Syntagma-Platz. Es ist schon gegen null Uhr, plötzlich, aus einer Seitengasse, der Lärm von Sprechchören und Reden – neugierig geworden, biegen wir in die Gasse ein. Vor einer luxuriöseren Taverne/Bar ein selbst gemaltes Transparent, hinter dem sich rund drei Dutzend vorwiegend junger Leute versammelt und lautstark auf sich aufmerksam macht. Einige verteilen Flugblätter an die Gäste und an Vorbeilaufende. Wie sich auf Nachfrage herausstellen sollte, protestierten zwei entlassene Kellnerinnen mit Unterstützung ihrer Gewerkschaft gegen die Willkür ihres Chefs. Er hatte sie ohne Begründung entlassen und weigerte sich auch, die noch ausstehenden Löhne zu zahlen. Ein durchaus repräsentatives Beispiel für die Rechtlosigkeit und Ohnmacht, die mittlerweile zum Alltag griechischer „Arbeitnehmerinnen“ gehören. Die eher gut betuchten Gäste ließen sich davon allerdings weder den Abend noch den Genuss vermiesen.



Drei Tage vor dem Rückflug nach Deutschland konnten wir uns davon überzeugen, dass nicht nur in der Gastronomie derartige Praktiken üblich sind. Nikos von der Basisgewerkschaft

Buch und Papier hatte uns auf eine Protestkundgebung der Gewerkschaft der Lehrkräfte an den privaten Nachhilfeschoolen aufmerksam gemacht. Für Samstag, den 4. Oktober, hatte sie zu einer Kundgebung vor dem privaten Bildungsträger „Prisma“ aufgerufen. Es handelte sich um eine so genannte unterstützende Privatschule, d.h. sie erteilt vor allem im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich eine Art Nachhilfeunterricht für Gymnasialschüler, so dass sie die Prüfungen bestehen können. Das ist in Griechenland durchaus üblich, besonders seit der letzten „Schulreform“, bei der Prüfungen in Fächern stattfinden, die gar nicht mehr unterrichtet werden.

Auch vor den Räumen des Nachhilfetragers ein ähnliches Bild, wie wir es von der Aktion für die entlassenen Kellnerinnen kannten. Ca. drei Dutzend DemonstrantInnen, Beschäftigte der Privatschule, unterstützt durch weitere Mitglieder der Gewerkschaft und anderer Basisgewerkschaften, protestierten gegen die Entlassung einer Kollegin. Auch die Vorgeschichte ähnelt sich. Die Lehrerin arbeitete seit 24 Jahren für den privaten Bildungsträger – d.h. sie bekam, wie andere auch, jedes Jahr ein Vertrag von Ende September bis Mitte Juni. So brauchte der Arbeitgeber die langen Sommerferien nicht zu bezahlen. 400 Euro im Monat verdiente die Kollegin als Teilzeitkraft. Nachdem das Unternehmen ihr im Laufe der letzten Beschäftigungsperioden fast zwei Jahreslöhne (insgesamt 5.700,- Euro) schuldig blieb, wandte sie sich im April dieses Jahres an die zuständige Stelle beim Arbeitsministerium und bekam Recht. Als sie am 9. Mai die ausstehenden Gehälter einforderte, kündigte die Bildungsfirma „Prisma“ das Arbeitsverhältnis umgehend. Die Botschaft war klar: Beschäftigte, die sich gewerkschaftlich betätigen oder auch nur ihre Rechte einklagen wollen, werden gefeuert. Bis heute hat der Arbeitgeber die ausstehenden Gehälter nicht bezahlt. Gesprächen mit der zuständigen Gewerkschaft verweigert er sich. Auf gewerkschaftliche Proteste, mit denen die Auszahlung der geschuldeten Monatslöhne und die Weiterbeschäftigung der Kollegin durchgesetzt werden sollen, antwortet er mit Anzeigen wegen Nötigung. Der gewerkschaftliche Protest wird kriminalisiert und soll unterbunden werden.

Die Gewerkschaft der entlassenen Lehrerin, auch eine Basisgewerkschaft, macht nun mit Unterstützung von KollegInnen aus anderen Basisgewerkschaften öfters eine Kundgebung vor der Schule und fordert ihre Wiedereinstellung. Griechischer Arbeitsalltag!

(Andi/Manfred)

REISENOTIZEN VON ANGELA

In einer Bar fragt mich ein junger griechischer Lehrer: “Wie ist Griechenland heute im Vergleich zu früher ?” Ich sage: “ Früher haben wir in Griechenland Ferien gemacht.” Wann werde ich jemals wieder so unbeschwert sein ?

In unserem Hotel in Exarchia dauert der Lärm selbst nachts an. Schreie, Trommeln, Fetzen von Rap Musik, übertroffen vom Geräusch der Motorräder. Ein Wunder, dass ich überhaupt mitunter eine Mütze Schlaf bekomme. Einmal ein melancholischer, rhythmischer Gesang im Wechsel mit den Lauten eines Blasinstruments, kommt mir passend vor zu den traurigen Vorgängen im Land.

Das Hotel hat eine Veranda. Dort kann man gemütlich mit einem Kaffee von der Ecke sitzen. Hier treffe ich am ersten Abend A., die aktiv ist in der Solidarklinik Exarchia und die ich im Frühjahr kennengelernt habe. A. ist von Beruf Übersetzerin, sie spricht fließend Deutsch. Sie war lange arbeitslos und damit auch nicht versichert. Jetzt hat sie eine Arbeit, aber was für

eine! Für einen griechischen Verlag übersetzt sie ein Buch, dafür sitzt sie Tag und Nacht drei Monate lang am Computer. Am Ende bekommt sie 1000 Euro.

Wir gehen über die Platia von Exarchia, voll mit jungen Leuten, ein süßlicher Duft von Wasserpfeifen weht in meine Nase. Wir biegen ein in eine ruhige Straße, links und rechts villenartige Häuser, mit Plakaten beklebt. A. erzählt mir, die Bewohner von Exarchia hätten die Drogenhändler vertrieben. Wie? Einfach durch Nachbarschaftsversammlungen, Kulturaktionen auf der Straße. Ich sehe noch die Transparente.

Ich frage sie, ob wie eine Kleinigkeit essen gehen wollen. In diesem Moment habe ich ganz vergessen, dass sie gar kein Geld hat. Wie selbstverständlich es für mich ist, immer Geld für dies und das zu haben. Es ist mir peinlich, dass ich nicht gleich gesagt habe, ich wolle sie einladen. Wir reden über ihre Arbeit, über die Weltlage, die nicht gerade fröhlich stimmt.

Sie kritisiert an Syriza, die Partei hätte mehr für die Massenbewegung tun müssen, stattdessen habe sie sich auf die Wahlen konzentriert. Ihre Hoffnung ist die "Gesellschaft", ich denke, sie meint die Solidarität der Armen, die Kraft der Schwachen.

Am nächsten Morgen trifft sich die Reisegruppe auf der Terrasse des Hotels Exarchion. Vorstellungsrunde. Ein bunt gewürfelter Haufen von linken Gewerkschafter/innen. Sie machen schon schon dritten Mal so eine Reise, sind miteinander vertraut. Es herrscht ein lockerer Ton. Ich fühle mich dazu gehörig, obwohl ich das offiziell gar nicht bin.

Mein Hauptanliegen ist ja das Tribunal gegen die Troika. Das heißt, ich will unsere Idee des Tribunals einigen Aktivistinnen vorstellen und sie um ihre Mitarbeit bitten. M. wird mich unterstützen, indem er protokolliert. Am Abend gehen wir zum Büro von Solidarity4all, nur zehn Minuten vom Hotel. Kommt überhaupt jemand? Doch, doch, so allmählich kommen alle an, Q. von der Solidarklinik Piräus, Th. von der Klinik Nea Smirni, ein weiterer Aktivist von Nea Smirni, F. von der Schule für Einwanderer und A., die beim Übersetzen hilft.

Ich stelle unser Programm vor und erwähne auch eines unserer Anliegen: Wir wollen Syriza im Falle einer Regierungsübernahme unterstützen. Ich hatte angenommen, dass dies für gut und richtig befunden würde. Doch gerade das stößt bei den meisten Anwesenden auf

Bedenken. Einige meinen, wir sollten uns nicht abhängig machen von einer möglichen Regierungsübernahme. Denn viele Solidaritätsstrukturen hätten mit Syriza nichts zu tun. Selbst A. meint, wir sollten uns nicht auf Syriza festlegen, sondern von einer Anti-Austeritäts-Regierung sprechen. Das Ganze wird von Q. zugespitzt auf die Frage: Wollt ihr Syriza helfen oder wollt ihr helfen, die Lage in Griechenland zu verbessern?

Syriza wird offensichtlich von den meisten nicht als die Kraft gesehen, die Entscheidendes für die Lösung der Probleme tun kann. Th. meint, wichtiger wäre es, einen Zusammenschluss vieler linker Gruppen europaweit zu erreichen. Dagegen wirft Eu. ein, wenn die griechische Neuverhandlung der Schulden beginnt, dann sei das ein Weg, der unterstützt werden müsse.

Der Vertreter der Einwanderschule in Piräus bemüht sich, einen anderen Ton anzuschlagen. Er meint, unser Projekt sei sehr wichtig. Es ginge dabei nicht nur um die Anklage, sondern ganz wichtig seien die Alternativen zur Austeritäts-Politik. Sie wollten überlegen, wie sie durch Zeugnisse aus den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen beitragen können. Sie wollten Daten sammeln über die Solidarkliniken, die Migrantenschule, die Arbeitslosengruppe. Am Ende verabreden wir, dass wir von Hamburg aus eine Gruppe zusammenstellen, die das Tribunal organisiert.

Am selben Tag, an dem wir uns bei solidarity4all trafen, hat sich ein Mensch in Piräus selbst verbrannt.

Noch am nächsten Tag bin ich verwirrt und frage M. und Eu. nach ihrer Wahrnehmung. M. meint, die solidarischen Gruppen wollten nicht mit Syriza identifiziert werden, weil ihnen häufig vorgeworfen würde, sie wären "Syriza-Gruppen". Sie wollten die Solidarbewegung offen halten. Eu. sagt, natürlich werden sie das Tribunal unterstützen. Sie grenzten sich von Syriza ab für den Fall eines Scheiterns.

Trotzdem bleibt mir unklar, warum Syriza in Widerspruch zu den sozialen Bewegungen gesehen wird. Weiß ich doch, dass viele gerade dort aktiv sind. Und - was wäre die linke Alternative zu Syriza? Welche andere Kraft gibt es, die Austeritätspolitik zu beenden? Ein Scheitern von Syriza, so eine Aktivistin der antirassistischen Koordination, wäre das Ende einer linken Politik für Jahrzehnte.

Ich habe an mehreren Treffen der Reisegruppe teilgenommen. Am stärksten hat mich das Treffen mit Vertretern der Basisgewerkschaften beeindruckt. Die Lage der Arbeitnehmer ist verheerend, Rechtlosigkeit, Ausbeutung, Unternehmerwillkür bestimmen das Bild. Besonders empörend finde ich, dass in vielen Bereichen Sonntagsarbeit ohne Zuschläge eingeführt wurde. Bei 12 Stunden täglicher Arbeitszeit - was für ein Leben!

Trotzdem sind nur wenige organisiert. Im Bereich der Gastronomie gibt es nur 310 Mitglieder, und davon sind 20 Personen aktiv. Die RednerInnen machen trotzdem keinen verzweifelten Eindruck, sie organisieren Aktionen direkt vor den Betrieben, um die schlimmsten Dinge zu verhindern, zum Beispiel unbezahlte Arbeit.

In den Pausen oder beim Warten vor den Treffen gibt es viele Gespräche untereinander. Da gibt es viele unterschiedliche Positionen bis hin zur Ablehnung des Staates schlechthin. Einer sagt, Angela Merkel kenne nur Samaras, aber sie kenne nicht den Mut und die Unbeugsamkeit vieler Griechen.

Ja, darauf setze ich auch.

Mittwochvormittag, 1.10.2014

Treffen mit den Metro-Gewerkschaftern der Athener-U-Bahn

Die Gruppe traf sich mit dem Präsidenten der Metro-Gewerkschaft und anderen Mitgliedern des Vorstands. Die Entschlossenheit, die sie zum Ausdruck gebracht haben, war für uns umso beeindruckender, als die Lage, in der sie sich befinden, besonders schwer schien.

Zuerst wurde die Situation der Athener U-Bahn mit der Berliner S-Bahn verglichen. Einigen ist aufgefallen, dass die Situation in Athen und in Berlin, was die Privatisierungsprojekte betrifft, vergleichbar ist.

Es wurde berichtet, wie die Streiks gegen Lohnkürzungen und Entlassungen seit Januar 2013 abgelaufen sind. Die Metro-Gewerkschaft ist nur eine unter mehreren Gewerkschaften für Nahverkehrsmittel. Sie ist eine Basisgewerkschaft. Im Gegensatz zu den anderen Gewerkschaften versucht sie ohne die Parteien zu kämpfen. Die anderen Gewerkschaften und die Medien waren gegen den Streik und die Metro-Gewerkschaft führte den Kampf ziemlich einsam. Zum Beispiel gab es Spannungen mit der PAME, dem Gewerkschaftsflügel der KKE, die gegen die Strategie des unmittelbaren und unangekündigten Streiks als Reaktion gegen die Entlassungen war. Seit dem Beginn der Krise und bis die Regierung den Aufstand mit Zwangsverpflichtungen beendete, streikte die Metro-Gewerkschaft 150 mal - auch am Wochenende, ohne sich einschüchtern zu lassen - obwohl die Leiter der U-Bahn-Firma direkt mit der Entlassung der Gewerkschaftsmitglieder drohten.

Diese Streiks waren eine Reaktion auf die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen: massive Entlassungen, um 40% oder 50% gesenkte Gehälter, Abbau der Kollektivverträge, Personalmangel (2300 statt 2600 Mitarbeiter) und Vermehrung der Überstunden (die der Firma 25 Millionen Euro in zwei Jahren gekostet haben; für eine Arbeit, die 10 Millionen Euro hätte kosten können, wenn die Entlassung des Stammpersonals nicht vorgenommen worden wäre), Autoritarismus innerhalb der Firma, die Hand in Hand mit der Polizei handelte. Die anwesenden Gewerkschafter meinten, dass keine Besserung dieser Arbeitsbedingungen in Sicht sei.

Frappierend ist vor allem die Kriminalisierung des gewerkschaftlichen Kampfes, wie sie uns auch von anderen Gewerkschaftern, z.B. der Gewerkschaft Buch und Papier, beschrieben wurde.

Die Mitglieder der Athener Metro-Gewerkschaft sind zivilrechtlich, strafrechtlich und arbeitsrechtlich vor Gericht gezogen worden. Ihnen wird unter anderem Untreue gegenüber der Firma vorgeworfen. Keine andere Gewerkschaft der U-Bahn steht wegen ihrem Kampf vor Gericht. Zurzeit laufen 10 Prozesse gegen den Metro-Gewerkschaftsführer.

Am Ende unseres Besuchs überreichte Hakan die Geschenke der IG-Metall Salzgitter an die Metro-Gewerkschafter.

(Celine)

Ergänzung:

Junge Welt 29.09.2014

»Unsere Gehälter wurden um mehr als 50 Prozent gesenkt«

Griechenlands Regierung hat die Löhne bei der Athener U-Bahn festgelegt, Tarifverhandlungen gibt es nicht mehr. Ein Gespräch mit Antonis Stamopoulos

Interview: Wolfgang Pomrehn

Im Januar 2013 haben die Beschäftigten der Athener U-Bahn gegen Lohnkürzungen und Entlassungen gestreikt, bis die Regierung den Ausstand mit Zwangsverpflichtungen beendet hat. Wie haben sich die Arbeitsbedingungen bei der Metro verändert?

Gleich zu Beginn der Krise gab es Entlassungen. Die gerade neu ausgebildeten Arbeiter wurden vor die Tür gesetzt. Das waren 210 Leute, und seitdem herrscht Personalmangel. Außerdem wurden unsere Gehälter auf Anweisung der Regierung gekürzt, und das, obwohl wir nicht zum öffentlichen Dienst gehören. Wir halten das für unzulässig und haben dagegen geklagt. Die Sache ist noch immer vor Gericht anhängig. Im Großen und Ganzen wurden unsere Gehälter um mehr als 50 Prozent abgesenkt. Das Weihnachtsgeld wurde zum Beispiel gestrichen.

Was heißt das konkret? Wieviel verdient zum Beispiel ein Zugführer?

Das Gehalt ist jetzt für alle gleich. Mit Schicht- und Wochenendzuschlägen sind das für eine 40-Stunden-Woche monatlich ungefähr 1180 Euro brutto, etwa 950 Euro netto. Außerdem gibt es ein kleines betriebliches Kindergeld. Bei drei Kindern sind es rund 100 Euro. Schließlich kommen bei einem Teil der Beschäftigten noch Überstundenzuschläge hinzu. In einigen Bereichen fallen durch den Personalmangel viele Überstunden an, und die Arbeitsbelastung ist sehr hoch.

Wir sind der Meinung, daß es gar nicht um finanzielle Probleme geht. Es wäre für die Metro günstiger, mehr Personal einzustellen, statt die vielen Überstunden zu bezahlen. Ein Beispiel: Unter den zu Beginn der Krise Entlassenen waren vier für die Reparatur der Fahrkartenautomaten zuständige Kollegen. Ihre Arbeit wird seitdem von einer Fremdfirma erledigt, was für das Unternehmen teurer ist, als wenn die vier weiter beschäftigt worden wären. Unser Ansicht nach deuten diese Entlassungen und die Fremdvergabe von Arbeiten darauf hin, daß die Privatisierung vorbereitet wird, das heißt, daß der Staat auch seine letzten Anteile an der Metro verkaufen will.

Kann man von rund 1000 Euro in Athen leben?

Natürlich nicht. Glücklicherweise haben viele eine eigene Wohnung oder leben noch bei den Eltern, oder haben ein Haus geerbt. Aber es gibt natürlich auch jene, die zur Miete wohnen, und Athen ist eine sehr teure Stadt. Eine Drei-Zimmer-Wohnung kostet mindestens 500 Euro im Monat, ohne Heiz- und Nebenkosten.

Was bedeuten die gestiegenen Arbeitsbelastungen und die Überstunden für jene, die bereits eine schwierige und verantwortungsvolle Arbeit haben, wie zum Beispiel die Zugführer?

In den letzten Jahren hat unter den Metro-Angestellten die Zahl der Herzprobleme, der Schlaganfälle und der Krebserkrankungen zugenommen. Wir sind der Meinung, daß das durch den Streß kommt: Wir kommen mit unserem Geld nicht mehr aus, müssen aber unsere Familien ernähren. Einigen Leuten droht die Pfändung des Hauses oder der Wohnung, weil sie ihre Kredite nicht mehr zahlen können. Dazu noch die Verantwortung für die Fahrgäste. Außerdem ist durch die Starkstromleitungen und Handyantennen die Strahlenbelastung in den Tunneln sehr hoch. Es gibt Studien darüber, doch die werden unter Verschuß gehalten.

Wie sieht es mit den Rechten der Gewerkschaften aus?

Die Löhne- und Gehälter werden von der Regierung festgelegt. Tarifverhandlungen mit den Unternehmen gibt es praktisch nicht mehr. Das einzige in dieser Richtung ist noch ein Übereinkommen des Dachverbandes mit der Regierung, in dem ein monatlicher Mindestlohn von 550 Euro festgelegt wird. Die Metroangestellten unterlagen außerdem bis zum Sommer einer Zwangsverpflichtung, mit der seinerzeit unser Streik Anfang 2013 gebrochen wurde. Aber wir werden weiter gegen Ungerechtigkeiten kämpfen, wenn nötig auch streiken, selbst wenn sie uns vor Gericht zerren.

Wie geht es weiter?

Wir sehen am Ende des Tunnels kein Licht. Die Arbeitslosenrate beträgt mindestens 30 Prozent. Viele Läden schließen, weil die Menschen kein Einkommen mehr haben. Wir haben Angst, dass die Gehälter weiter sinken. Hier hungern Menschen, und wir haben das Gefühl, es gibt keine Entwicklung. Nur die Selbstmordrate steigt. Wir möchten, dass in Deutschland gesehen wird, was wir hier durchmachen.

Mittwochmittag, 1.10.2014

Besuch bei den kämpfenden Putzfrauen

Sie haben einen Teil des Bürgersteigs direkt neben dem Finanzministerium unweit des Syntagma-Platzes besetzt, zwei Zelte stehen da, alles hängt voller Transparente. Es dürfte das einzige Finanzministerium weltweit sein, über dessen Eingang ein Transparent mit dem Bild Che Guevaras hängt!



Der Sieg der Putzfrauen

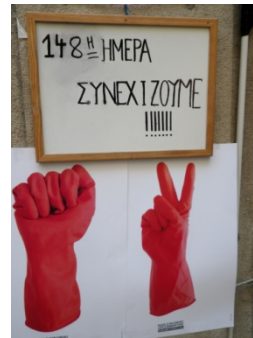
Der rote Gummihandschuh mit den zwei zum Siegeszeichen gespreizten Fingern ist in Griechenland längst zum Symbol für einen erfolgreichen Widerstand gegen die Spardiktate der Troika und deren dilettantische Umsetzung durch die Samaras-Regierung geworden. Ein Widerstand, den anfänglich wohl manche als hoffnungslos angesehen hatten. Denn was könnten schon 595 Putzfrauen gegen eine Regierung ausrichten, die durch mehrere Generalstreiks nicht zu Fall gebracht worden war?

Doch es kam anders. Die Samaras-Regierung hatte sich einmal mehr gründlich verrechnet und mit „Sparmassnahmen“ – die in Wirklichkeit reine Privatisierungsmassnahmen sind, weil die Kosten für die private Reinigungsfirma höher sind als die Löhne der entlassenen Frauen! – einen Protest entfacht, der von einer bewundernswerten Hartnäckigkeit und Entschlossenheit ist. Als am 17. September 2013 die mit der Reinigung der Finanzämter im ganzen Land beauftragten Frauen von einem Tag auf den andern zuerst freigestellt und danach entlassen wurden, gingen sie nicht einfach – jede für sich – nach Hause, sondern schlugen vor dem Finanzministerium auf dem Syntagma Platz buchstäblich ihre Zelte auf.

Regelmässig standen sie mit Besen und Schrubber Spalier, wenn die Technokraten der Troika zu Besuch in Athen waren. Ebenso nahmen sie solidarisch an allen Protestaktionen anderer Berufsgruppen teil oder besetzten mit einem Überraschungsangriff frühmorgens öffentliche Gebäude. Das Medieninteresse an den kämpferischen Frauen nahm internationale Ausmasse an, als im Mai 2014 das Gericht ihre Klage guthiess und die sofortige Wiedereinstellung verfügte. Die Freude über den unverhofften juristischen Erfolg war allerdings von kurzer Dauer. Denn nun spitzte sich der Konflikt erst recht zu.

Die Regierung legte Berufung ein und erwirkte beim Obersten Gericht die Aussetzung des erstinstanzlichen Urteils. Ausserdem liess sie das Protestcamp vor dem Finanzministerium durch die Polizei gewaltsam räumen. Knüppelpolizei gegen Frauen – die Bilder gingen um die Welt und verschafften den unbeugsamen Athener Putzfrauen zusätzliche Aufmerksamkeit. Und am gleichen Abend waren sie alle wieder dort, einzelne nun mit Gipsbein oder Verband.

Auch am Tag unseres Besuchs, am Mittwoch, 1. Oktober sind sie noch immer da und freuen sich über die Solidarität und unser zweisprachiges Transparent: „Grenzenlose Solidarität – Troika wegfeigen!“ Es ist der 148. Tag, verkündet eine Tafel, und: „Wir machen weiter!“ Und das vermutlich noch sehr lange, insbesondere falls das Urteil der Berufungsinstanz auf sich warten lässt. Dann könnte es durchaus sein, das die mutigen Putzfrauen auch dann noch auf dem Syntagma Platz kampieren, wenn die Regierung Samaras bereits nicht mehr im Amt ist. Einen ungeahnten Wahrheitsgehalt bekäme dann das Plakat mit der wütenden Putzfrau, die mit dem Reisbesen Samaras und Venizelos wegfeigt, und der Bildlegende: „Wir putzen für euch!“



Ob und wann die kämpferischen Putzfrauen ihre Arbeit zurückbekommen, bleibt offen. Gewonnen haben sie ohnehin. Denn die Sympathien der Bevölkerung stehen auf ihrer Seite, während jene der Regierung einen neuen Tiefpunkt erreicht haben. Das Wichtigste jedoch ist, dass sie durch ihren Kampf ihre Würde zurückgewonnen haben. Das sieht man ihnen auch an, wenn man sie beobachtet, während sie ihre Geschichte erzählen. So leidgeprüft ihre Gesichter auch sind, aus ihren Augen strahlt Entschlossenheit und Stolz. Wenn sich die Betroffenen gemeinsam zu Wehr setzen, endet es nicht damit, dass der Chef die Kündigung überreicht. Das haben die kämpferischen Putzfrauen von Athen bewiesen und machen mit ihrem Widerstand allen andern Mut – nicht nur in Griechenland.

(Rainer)

Mittwoch, früher Abend, 1.10.2014

Treffen mit Kostas und Tassos von den Naturfreunden Griechenlands (Naturefriends Greece, ΦΙΛΟΙ της ΦΥΣΗΣ)

Wir trafen uns am Mittwoch Abend mit zwei griechischen NaturFreunden auf der Dachterrasse des Hotels Exarchion.

Kostas Foteinakis stellte die Arbeit der NaturFreunde Griechenlands vor. Die NaturFreunde Griechenlands kümmern sich sowohl um Umwelt- als auch um soziale Probleme und sind im Kampf gegen Nazis (goldenen Morgenröte) aktiv. Sie sind Mitglied im Netzwerk "Solidarity for all", (Αλληλεγγύη για Όλους, <http://www.solidarity4all.gr>). Zur Zeit bereiten sie eine Kundgebung auf dem Syntagma-Platz am europäischen Aktionstag gegen TTIP am 11. Oktober 2014 (s. <http://www.ttip-unfairhandelbar.de/start/aktionstag/>) mit vor.

Sie engagieren sich u. a. gegen Euratom (<http://www.euratom-nein-danke.de>), die geplante Privatisierung der Strände, für eine ökologische Abfallentsorgung, gegen die Zerstörung der Wälder, gegen den Goldabbau in Skouries, gegen Privatisierung und gegen den Kahlschlag im Gesundheitswesen. Sie haben in Athen am Marsch gegen den Klimawandel teilgenommen.

Privatisierung der Strände? Was ist da geplant?

Noch muss der Strand für jeden zugänglich sein. Alle 5 Meter muss die Möglichkeit bestehen, an den Strand zu gelangen. Den Hotelbetreibern gefällt das natürlich überhaupt nicht. Sie versuchen, dieses Gesetz so zu ändern, dass der Strand vor dem Hotel nur noch von Hotelgästen betreten werden kann. Ein neues Gesetz soll die Bebauung der gesamten griechischen Küste ermöglichen; illegal errichtete Gebäude sollen legalisiert werden. In Griechenland haben die Pläne einen Proteststurm entfacht und es gab eine Petition dagegen. 200 unterschiedliche Gruppen, unter ihnen die griechischen NaturFreunde, haben diese unterschrieben. Viele Griech_innen können sich schon keinen Urlaub in Griechenland mehr leisten. Das geplante Gesetz würde ihnen auch noch den Zugang zu den Stränden verwehren. Einige der schönsten Strände Griechenlands stehen bereits auf einer Verkaufsliste.

Die NaturFreunde Griechenlands haben ca. 300 aktive Mitglieder. Sie finanzieren sich durch Mitgliedsbeiträge und Spenden.

Im März 2014 stellte Bruno Lampasiak von den NaturFreunden Deutschlands in Griechenland sein Buch "Naturfreund sein heißt Mensch sein: Naturfreunde im Widerstand 1933 bis 1945" vor.

Kostas nannte noch Zahlen aus dem Eurobarometer, das Anfang September 2014 zum Thema "Einstellungen europäischer Bürger_innen gegenüber der Umwelt" erschienen ist. An der Untersuchung haben 28.000 europäische Bürger_innen teilgenommen, darunter 1.000 Griech_innen. Im Durchschnitt interessieren sich 95 % der Befragten für Umweltprobleme; in Griechenland sind es 97 %. Sie halten Umweltschutz persönlich für wichtig und finden, dass mehr getan werden müsste. Und das trotz der Krise. Die griechischen NaturFreunde sehen trotz der Krise eine eher positive Tendenz in Griechenland, was den Umweltschutz und ökologische Probleme betrifft.

Sie veröffentlichen regelmäßig Artikel in der Zeitung "Avgi", in der monatlich über Umweltfragen berichtet wird.

Die NF Griechenlands arbeiten zusammen mit:

Syriza, den Grünen, Alpha Kappa, Diktio.

Mehr Infos: <http://www.nfgr.org> <http://naturefriends-gr.blogspot.de/>

(Brian)

Mittwochabend, 1.10.2014

Unsere Veranstaltung im Polytechnikum

In der Vorbereitung auf unsere Reise hatten wir die Idee auf einer öffentlichen Veranstaltung unsere Gruppe und unsere Praxis vorzustellen. Dabei wollten wir in eine Diskussion über Möglichkeiten der Zusammenarbeit kommen. Unsere griechischen Freund organisierten einen Hörsaal im Polytechnikum, die „Zeitung der Redakteure“ und auch ERT open veröffentlichten den Termin und wir hatten auch selbst im Vorwege unseren Einladungstext auf Griechisch bei unseren Treffen verteilt.

Vor der Veranstaltung führten Nikos und Giorgos uns über das Gelände des Poytechnikums. Hier hatten im November 1973 Studenten das Gebäude besetzt um ihre demokratischen Rechte durchzusetzen. Diese ließ mit Panzern und Militär das Gebäude stürmen und richtete unter den Besetzern ein Massaker an. Im Nachhinein zeigte sich, dass dieses Ereignis der Beginn des Endes der Militärdiktatur war.

Aus wikipedia:

„Am 14. November besetzten einige tausend Studenten das Polytechnio in Athen. Andere versammelten sich in weiteren Universitätsinstituten. Alle Studenten forderten, dass sie ihre Vertretung selbst wählen durften. Die Wahlen sollten am 4. Dezember 1973 abgehalten werden. Papadopoulos zögerte zunächst, da sich der Direktor und der Senat des Polytechnio hinter die Studenten stellte und selbst der Erziehungsminister zu vermitteln suchte.“

In den nächsten Tagen schlossen sich Tausende von Arbeitern und jungen Leuten den Studierenden an. Am 15. November „gegen 20 Uhr stieg die Zahl auf etwa 15.000. Dem Leitungskomitee wurden zwei Arbeiter und ein Schüler assoziiert.“

Am 16. November besetzten auch in Thessaloniki und Patras jeweils ca. 1.000 Studenten Institute ihrer Universitäten. Am Nachmittag ordnete Papadopoulos den Einsatz der Armee in Athen an.

Nachdem das Gelände des Polytechnieo von der Polizei abgeriegelt worden war, setzten sich um 22.30 Uhr Militäreinheiten mit 10 Panzern und drei gepanzerten Mannschaftstransportwagen in Richtung Zentrum in Bewegung. Inzwischen war der Vorhof des Polytechnieons voll von Studenten. Es kam zu verzweifelten Verhandlungsversuchen, doch um ein Uhr früh am 17. November waltete ein Panzer das Eingangstor nieder.(...)

Die im späteren Prozess gemachten Angaben über die Opfer schwanken. Danach hatte es zwischen 700 und 1.000 Verhaftete, zwischen 180 und 200 Verletzte und 23 Tote gegeben. Bei der Polizei soll es weniger als ein Dutzend Verletzte gegeben haben, von denen keiner Schussverletzungen hatte. Nur ein Polizist war ernsthaft verletzt. Die Unruhen gelten allgemein als ‚Aufstand der Studenten‘, doch zeigt eine Zuordnung der Verhafteten bei der Niederschlagung in der Nacht des 16. auf den 17. November, dass die Beteiligung weit umfassender war: ‚Nur 49 Studenten stammten vom Polytechnieon. 268 Studenten gehörten anderen Athener Universitätsinstitutionen an. 74 waren Schüler und 475 Arbeiter.‘“

http://de.wikipedia.org/wiki/Griechische_Milit%C3%A4rdiktatur#Der_Aufstand_am_Polytechnikum_im_November_1973 (8.10.2014)

Der Ort war also durchaus historisch, ob das später auch über unsere Versammlung gesagt werden wird?

Gekommen waren außer uns etwas über 30 Griechen über den Abend verteilt, also nicht schlecht, aber auch nicht überwältigend.

Fünf von uns waren vorne und stellten unsere Gruppe vor und das, was wir hier in Athen und in Deutschland machen. Carsten erläuterte dann, dass man Punkte des gemeinsamen Kampfes finden müsse. Die Diskussion begann etwas schwerfällig und es kamen Nachfragen zu einzelnen konkreten Punkten. Achim vom Athener Flüchtlingsnetzwerk fragte z.B. wie unsere Arbeit in den verschiedenen europäischen Flüchtlingsinitiativen und –netzwerken aussehe. Ein anderer meinte, dass es letztlich doch bei Geldspenden bleibe.

Andy führte dann aus, dass wir zweierlei versuchten. Zum einen auf betriebliche und gewerkschaftliche Zusammenhänge einzuwirken und dort über die griechischen Entwicklungen zu informieren. Das gebe es bisher kaum. Zum anderen Initiativen gegen Wohnraumsverdrängung, Zwangsräumungen, für Unterstützung von Flüchtlingen zu verbinden. Wir seien keine Konkurrenz gegen bestehende Inis, im Gegenteil, je mehr es davon gebe, desto besser.

Bei unserem Besuch bei den Metro-beschäftigten sei aber klar geworden, dass die Problem in Griechenland und Deutschland ähnlich seien: Ausgliederung, Privatisierung usw. Gerade auf dieser konkreten Ebene wäre eine Koordination der Beschäftigten sinnvoll.

Der beste Beitrag von internationaler Solidarität wäre natürlich, wenn die deutschen Beschäftigten ihre herrschende Klasse unter Druck setzen würde. Das wäre natürlich wesentlich effektiver als unsere Reise und unsere Geldspenden.

Dann drohte die Versammlung zu entgleisen. Eine Frau, die jetzt in Rente ist, aber lange in Deutschland lebte, drückte ihre Verbitterung darüber aus, wie sie immer wieder die abfälligen Bemerkungen über „die Griechen“ habe hören müssen, dass sie zu faul seien, keine Steuern bezahlten usw. Das sei das eigentliche Problem. Sie wollte mit ihrem Klagelied gar nicht mehr aufhören.

Wir hatten natürlich alle das Gefühl, dass wir eigentlich die falsche Adresse sind, denn wenn wir diese Vorurteile teilten, wären wir ja gar nicht hier. Aber wir konnten das irgendwie nicht überbringen

Dann trat Rainer aus Zürich auf. Er komme aus der Schweiz, einem der reichsten Länder der Welt. Reich deshalb, weil das Fluchtgeld der Reichen in den dortigen Banken gebunkert werde. Vermutlich seien die Schmiergelder von Siemens und anderen Konzernen an griechische Politiker direkt nach Zürich überwiesen worden. Aber die Schweiz sei gleichzeitig das Land, indem es mehr Tote durch Selbstmord gebe als durch Verkehrsunfälle. Offensichtlich mache der gesellschaftliche Stillstand die Schweizer so depressiv, dass das Land eine der weltweit höchsten Selbstmordraten habe. Wenn er jetzt nach Griechenland komme und hier die kämpfenden Putzfrauen und andere kämpfenden Menschen sehe, dann sei das für ihn ein einziges Antidepressivum!

Damit war das Eis gebrochen, er hatte genau den richtigen Ton getroffen, denn was die Frau ausdrückte, war ein verbreitetes Gefühl unter den normalen Menschen hier. Sie fühlen sich durch die Berichterstattung in den ausländischen Medien und durch persönliche Erlebnisse zutiefst in ihrer Würde verletzt.

Dies sprach dann auch ein Taxifahrer an, der von der Veranstaltung gehört hatte und gekommen war. Er höre oft von Nordeuropäern, die er im Taxi zu Luxushotels chauffiere, abschätzigte Bemerkungen. Es sei schön zu sehen, dass es auch andere Deutsche gebe. Er erzählte dann von seinem Dorf, wo sie gegen die Privatisierung des Strandes und des Zugangs zum Meer kämpften.

Danach wurden dann Ideen eingebracht, wie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit verbreitert werden könnte.

- Giorgos aus Pérama meinte, europäische Zusammenarbeit sei letztlich ihre einzige Hoffnung.
- Christos von solidarity4all meinte, Griechenland sei zwar einerseits ein neoliberales Labor, andererseits der Ort, wo soziale Kämpfe erneuert würden. Deshalb zahle Nordeuropa an Griechenland, damit die Krise dort bleibt. Politische und materielle Solidarität sei möglich und notwendig. Und so wie der Streik der griechischen Putzfrauen ein internationales Echo ausgelöst habe, könnten auch deutsche betriebliche und gewerkschaftliche Kämpfe in Griechenland aufgegriffen werden.
- Céline berichtete von dem aufkommenden Rassismus in Frankreich gegen Deutsche in letzter Zeit. Deshalb seien internationale Begegnungen und Solidarität wichtig, um zu sehen, dass es überall Armut gibt. Die internationale Zusammenarbeit sei zwar anstrengend, aber man dürfe sie nicht der Bürokratie überlassen.
- Für Kalle ist der Aufbau des Kontakts zwischen griechischen und deutschen GewerkschaftskollegInnen deshalb wichtig, um sich konkret auszutauschen; nicht nur, dass wir erfahren, was in Griechenland los ist, sondern auch dass wir die Strategien des deutschen Kapitals vermitteln. So können die Griechen klarer sehen, was auf sie zukommt, z.B. was in Deutschland für eine (Privatisierungs-)Politik im Gesundheitswesen getrieben wird. Hier kann man Erfahrungen im Widerstand austauschen.

Danach gingen wir noch als riesige Gruppe gemeinsam in ein Restaurant. Da wir die Griechen und ihre Gastfreundschaft schon kannten, hatten wir unter uns verabredet, dass wir auf jeden Fall die Rechnung bezahlen wollten. Dies müssten wir aber heimlich anstellen, sonst würden sie uns zuvorkommen. Ich schlich mich also nach einiger Zeit zur Kasse und bat um die



Rechnung. Da sah mich ein Grieche mit dem Geldbeutel an der Kasse stehen. Sofort waren fünf Leute um mich, hoben mich hob und trugen mich weg. Ich hatte keine Chance!

(Manfred)

Siehe die übrigen Reisetagebücher und Hintergründe: [Europaweite Solidarität gegen Spardiktate und Nationalismus! Solidaritätsreise nach Griechenland, 28. September bis 5. Oktober 2014](#)